

POLEN

STEPHAN RAABE

ANNA KATHARINA BÖLLING

1. Juli 2008

www.kas.dewww.kas.de/polen

Reaktionen in Polen auf das EU-Referendum in Irland

DER PREMIER WILL AM VERTRAG FESTHALTEN, DER PRÄSIDENT HÄLT IHN FÜR GEGENSTANDSLOS

Das „Nein“ der Iren bei der Volksabstimmung über den Vertrag von Lissabon am 12. Juni 2008 löste in Polen eine gesplante Reaktion aus. Während das Regierungslager von Bürgerplattform (PO) und Volkspartei (PSL) sich gleich für ein Festhalten am europäischen Reformvertrag und für eine Fortführung des Ratifizierungsprozesses aussprach, erinnerten Politiker der nationalkonservativen Opposition von Recht und Gerechtigkeit (PiS) daran, dass die EU weiter funktionsfähig und der für Polen vorteilhafte Vertrag von Nizza in Kraft bliebe. Staatspräsident Lech Kaczyński hält seine Unterschrift unter das Ratifikationsgesetz derzeit sogar für „gegenstandslos“.

Bereits im Vorfeld der Abstimmung spiegelten die Pressekommentare und Erklärungen von Politikern die verschiedenen Standpunkte wider. So wies die konservative Tageszeitung Rzeczpospolita unter dem Titel „Ich beneide die Iren“ darauf hin, dass heute offenbar eine Mehrheit europäischer Staatsoberhäupter empört darüber sei, dass es den Iren gestattet sei, ihre Meinung zum Vertrag zu sagen. Politiker wie Merkel, Barroso und Sarkozy versuchten, den Europäern eine „Quasi-Verfassung“ aufzuzwingen. Die liberale Gazeta Wyborcza äußerte dagegen unter dem Titel „Europa in den Händen der Iren“ die Hoffnung auf ein „Ja“ aus Dublin. Auch die Stellungnahmen des polnischen Präsidenten Lech Kaczyński und des Außenministers Radosław Sikorski (PO) zeigten eine unterschiedliche Bewertung: Während Kaczyński meinte, dass ein negativer Ausgang des Volksentscheides keine große Katastrophe sei, machte Sikorski deutlich, dass man natürlich die Rechte der Iren respektiere, aber die Hoffnung hege, dass es zu einem positiven Ergebnis komme (Gazeta Wyborcza, 12.6.2008). Nach dem Bekanntwerden des ablehnenden Ergebnisses in Irland setzten sich die unterschiedlichen Bewertungen fort. Während die Rzeczpospolita betonte, dass „die Ablehnung weder eine politische noch eine wirtschaftliche Krise der EU herbeiführen“ werde, hieß es in der Gazeta Wyborcza, dieses „Nein“ sei ein „sehr schlechtes Signal für die ganze EU“ und spiele den polnischen EU-Skeptikern in die Hände. Auch die Springer-Tageszeitung Dziennik unterstrich die negativen Auswirkungen des Votums für den Verlauf des weiteren Integrationsprozesses. Sie veröffentlichte zudem Interviews mit dem EU-Parlamentspräsidenten Hans-Gerd Pöttering (CDU, EVP-ED) und dem polnischen Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des EU-Parlamentes Jacek Saryusz-Wolski (PO, EVP-ED). Pöttering erklärte, die nächsten Schritte hingen von den Iren ab; er sei aber sicher, dass Polen den Vertrag verteidigen werde (Dz 19.6.2008). Saryusz-Wolski, der früher einmal die Parole von „Nizza oder Tod“ propagierte und auch von der Einführung der Stimmengewichtung im Europarat nach der Quadratwurzel aus der jeweiligen Bevölkerung eines Landes überzeugt war, unterstrich, dass die Idee der europäischen Integration an sich durch das Votum in Irland nicht an gesellschaftlicher Unterstützung eingebüßt habe und es deshalb keinen Grund gebe, den Pfad der Integration jetzt zu verlassen. Wenn der Vertrag in allen übrigen Ländern der EU ratifiziert werde, sollte man deshalb in Irland die Abstimmung wiederholen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLEN

STEPHAN RAABE

ANNA KATHARINA BÖLLING

1. Juli 2008

www.kas.de

www.kas.de/polen

Der polnische Premier Donald Tusk (PO) sprach sich klar für ein Festhalten am EU-Reformvertrag aus. Die Ablehnung in Irland bedeute nicht, dass der Vertrag schlecht sei. Geschickt vereinnahmte Tusk den Staatspräsidenten, indem er sagte: Kaczyński und er hätten keine Zweifel bei der Unterzeichnung des Vertrages gehabt. Es sei daher folgerichtig, wenn Polen zusammen mit den anderen Ländern, die den Vertrag bereits ratifiziert haben, im Hauptstrom der Befürworter weiter schwimme. Bei den Gesprächen von Tusk mit Angela Merkel am 16. Juni in Danzig sprachen sich demzufolge der Premier und die Bundeskanzlerin gemeinsam für die Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses aus. Tusk schlug darüber hinaus vor, dass man „Spezialmissionen“ in die EU-Länder schicken könnte, die dem Vertrag von Lissabon noch skeptisch gegenüber stünden. So könnte Polen z.B. mit Tschechien über die Ratifizierung sprechen. Tusk hatte bereits unmittelbar vor dem Treffen mit Merkel mit den Regierungschefs von Tschechien, der Slowakei und Ungarn in Prag über die erneute EU-Krise gesprochen. Außenminister Sikorski merkte kritisch an, die Entscheidung in Irland sei ein Signal dafür, dass die EU-Politiker an einer einfacheren und verständlicheren Zukunftsvision Europas arbeiten sollten. Der für Europapolitik zuständige Staatssekretär Dowgielewicz betonte, die Rettung des Reformvertrages dürfe nicht auf Kosten Irlands von statten gehen oder zu einer Isolierung Irlands führen. Der Chef des politischen Kabinetts des Premiers, Sławomir Nowak, argumentierte, wenn der Vertrag blockiert werde, werde der Vorschlag eines Europas der zwei Geschwindigkeiten, der für Polen ein großes Risiko bedeute, wieder zurückkehren. Dazu bemerkte die konservative Rzeczpospolita (20.6.2008): Bundeskanzlerin Merkel habe noch vor Beginn des Brüsseler EU-Gipfeltreffens am 19. und 20. Juni einem Europa der zwei Geschwindigkeiten ein Absage erteilt. Auf dem Gipfeltreffen sei davon keine Rede mehr gewesen. Der polnische Senatspräsident Bogdan Borusewicz (PO) verwies unterdessen mit einer gewissen Genugtuung darauf, dass sich am Fall Irland erneut zeige, dass es keineswegs nur die neuen Beitrittsländer seien, die das Fortkommen der Union bremsen.

Verständnis für das „Nein“ der Iren äußerten vor allem Politiker der konservativen PiS. Dies ist bemerkenswert, da unter ihrer Regierungsidee im letzten Jahr nach äußerst harten Verhandlungen und Zugeständnissen gerade an Polen der Reformvertrag vereinbart und dieses Ergebnis anschließend von der PiS-Regierung als Erfolg präsentiert wurde. Aber offensichtlich ist in Teilen der PiS die Präferenz für den Vertrag von Nizza noch immer vorherrschend. Der ehemalige Vizeaußenminister Paweł Kowal äußerte dementsprechend, dass man das „Nein“ der Iren nicht übergehen dürfe und verwies darauf, dass der für Polen vorteilhafte Vertrag von Nizza in Kraft bleibe. Eine Gefährdung für die EU ergebe sich nicht. Der Europaabgeordnete der PiS, Konrad Szymański merkte an, dass in Brüssel Panik herrsche, weil man sich ausschließlich auf den Vertrag von Lissabon fixiert habe. Den wolle man nun unbedingt mit dem Kopf durch die Wand durchsetzen, ohne über die eigentlichen Probleme der EU nachzudenken. Sehr kritisch wurden die Aussagen der beiden deutschen Sozialdemokraten Martin Schulz, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im EU-Parlament, und Günter Verheugen, als Vizepräsident der Europäischen Kommission zuständig für Unternehmen und Industrie, in der konservativen Presse in Polen aufgenommen. Sie hatten einen Ausschluss Irlands aus der EU angedeutet. Die Rzeczpospolita (18.6.2008) schrieb dazu, dies sei ein Beispiel für die „Arroganz der Eliten“, die eine Ursache gewesen sei, warum der EU-Reformvertrag durchgefallen sei.

In Polen stellt die Kohabitation von Staatspräsident Lech Kaczyński, der aus der PiS kommt, und Premier Donald Tusk von der PO eine Schwierigkeit bei der Ratifikation des EU-Reformvertrages dar. Ende März hatten sich beide nach längerem Streit und der Drohung der PO, ein Referendum durchzuführen, darauf verständigt, dass die PiS das Reformvertragsgesetz im Parlament nicht länger blockiert. Ergänzungen zum Ratifizierungsgesetz, die Kompetenzen in EU-Fragen neu regeln und Garantien dafür vorsehen sollten, dass die Regierung den Vertrag auf EU-Ebene nicht ohne Rücksprache mit Präsident und Parlament verändern kann, sollten in einem separaten Parlamentsbeschluss berücksichtigt werden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLEN

STEPHAN RAABE

ANNA KATHARINA BÖLLING

1. Juli 2008

www.kas.de

www.kas.de/polen

Daraufhin hatte am 1. April der Sejm, Polens Parlament, als siebtes Land nach Ungarn, Slowenien, Malta, Rumänien, Frankreich und Bulgarien dem Gesetz zum "Vertrag von Lissabon" mit klarer Mehrheit von 384 von 460 Stimmen (83 %) aus allen Fraktionen zugestimmt. 56 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen kamen aus dem nationalkonservativem Flügel der PiS, der den Vertrag ablehnt. Am 2. April hatte auch das Oberhaus, der Senat, dem Gesetz mit 74 von 100 Stimmen zugestimmt, wobei aber wiederum 17 von 37 PiS-Senatoren mit Nein stimmten und sechs PiS-Senatoren sich der Stimme enthielten. Durch die Zustimmung der beiden Parlamentskammern wurde Präsident Kaczyński zur Unterzeichnung des Reformvertrages ermächtigt, die normalerweise innerhalb von 21 Tagen erfolgen muss. Der Präsident wartet jedoch auf die Verabschiedung des von Premier Tusk zugesagten Ergänzungsgesetzes, das sich momentan noch in der internen Abstimmung befindet und vermutlich erst im September/Oktober im Sejm eingebracht und verabschiedet wird. Zudem kann der Staatspräsident auch noch das Verfassungsgericht um Prüfung des EU-Reformvertragsgesetzes bitten, wenn er die Unterzeichnung weiter hinauszögern möchte. Gleich nach dem Irlandreferendum wurde spekuliert, dass Lech Kaczyński jetzt noch weniger als zuvor geneigt sei, dem Druck der Regierung Tusk auf eine rasche Unterschrift nachzugeben. Vielmehr werde er die aktuelle Situation solange wie möglich ausnutzen, um am Vertrag von Nizza festhalten und sein eigenes Profil pflegen zu können. In der Tageszeitung Dziennik vom 20. Juni wurde dementsprechend zunächst ein Mitarbeiter der Präsidialkanzlei mit den Worten zitiert: „Faktisch geht es darum, dass Irland nicht sich selbst überlassen wird und dass Polen sich nicht dem Chor unter Leitung von Merkel anschließt“. Am 1. Juli erläuterte dann Präsident Kaczyński erstmals öffentlich seine Haltung in einem Interview mit der Tageszeitung Dziennik. Auf die Frage, ob er das vom Parlament beschlossene EU-Reformvertragsgesetz unterzeichne, antwortet er, die Unterzeichnung sei jetzt gegenstandslos. Nachgefragt, ob Polen in der Frage des Lissabon-Vertrages mit Deutschland an einem Strang ziehen sollte, wiederholte er, die Frage des Vertrages sei derzeit gegenstandslos. Es sei schwer zu sagen, wie es mit dem Vertrag überhaupt weitergehe, die EU sei aber auch so handlungsfähig. Auf den Hinweis, die großen EU-Staaten übten nun Druck auf Irland aus, den Vertrag in irgendeiner Weise doch noch anzunehmen, hob Kaczyński den Grundsatz der Einstimmigkeit hervor, der im Vertrag beibehalten worden sei. Mit Blick auf Deutschland und die EU betonte der polnische Präsident den „Konkurrenzcharakter der internationalen Beziehungen in der EU“. Polen sei nicht imstande, alles in Anlehnung an Deutschland zu gestalten, denn häufig seien die polnischen Interessen unterschiedlich. Er sei für eine Annäherung an Deutschland, man müsse aber auch Realist sein. Weil Polen in der EU nur das Schwächste unter den stärksten Ländern sei, ziehe er die Suche nach Partnern vor, unter denen Polen das Stärkste unter den Schwachen Ländern sei. Zudem habe er aus diesem Grunde auch immer „den individuellen, bilateralen Charakter der Gespräche mit den Amerikanern zur Raketenabwehr verteidigt. Hier sei europäischer Kollektivismus für Polen nicht gefragt.“

Das Interview ist bezeichnend für die Denkweise der Nationalkonservativen in Polen, die der Präsident repräsentiert. Sie sehen Polen in Bezug auf Einfluss und Macht in der EU nicht auf gleicher Augenhöhe mit den größten Staaten und daher die gesamte Union mit skeptischer Distanz als Tummelplatz des Konkurrenzkampfes um nationale Interessen. Dementsprechend wird eine nationale Nutzenkalkulation aufgestellt, wann es sich für Polen lohnt, kollektiv in der EU zu handeln und wann individuell. Mit den Abstimmungsprozessen nach der Gemeinschaftsmethode in der EU in Orientierung am europäischen Gemeinwohl unter Beachtung der Prinzipien der Subsidiarität und Solidarität hat dieses Modell nationaler Kooperation nicht viel gemein. Deshalb fiel Präsident Kaczyński, die Unterschrift unter den Lissabon-Vertrag im letzten Oktober wohl so schwer, deshalb hält er nun seine Unterschrift unter das Ratifikationsgesetz für „gegenstandslos“, deshalb sucht er sicherheitspolitisch primär die bilaterale Anbindung an die USA und energiepolitisch die Kooperation mit Osteuropa, statt in beiden Bereichen die Zusammenarbeit innerhalb der EU auf der Grundlage des Lissabon-Vertrages zu verstärken. Eine solche Politik bedeutet in der Konsequenz, dass Polen nicht nur ein schwieriger, sondern auch ein kaum verlässlicher Partner in der EU wäre.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLEN

STEPHAN RAABE

ANNA KATHARINA BÖLLING

1. Juli 2008

www.kas.de

www.kas.de/polen

Unterdessen rechnet man in maßgeblichen Kreisen der Regierungspartei PO damit, dass der Präsident am Ende mit Rücksicht auf die europafreundliche Stimmung in der Bevölkerung das Ratifikationsgesetz unterschreiben werde, sofern es keine weiteren Probleme im Ratifikationsprozess gibt, um nicht als Verweigerer und EU-Gegner dazustehen. Laut einer Umfrage im Dziennik vom 15. Juni hätten sich 71 % in einem Referendum für den Lissabon-Vertrag ausgesprochen; 45 % wünschen sich, dass der Präsident trotz des negativen Votums der Iren die Ratifizierung vornimmt. Andererseits wird sein Zwillingsbruder Jarosław Kaczyński, der Parteichef der PiS, wohl versuchen, dem europaskeptischen Fünftel oder Viertel der polnischen Bevölkerung eine Stimme zu geben, um in dieser Weise zweigleisig den Wahlkampf zum Europaparlament zu bestreiten.